



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 3. Sitzung des Beirates Gesunde Städte (GS/003/2020)

am Montag, 2. März 2020,

16:30 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 2, 2. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:30 Uhr
Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Kati Bischoffberger
Angelika Malberg
Hans-Joachim Klaudius
Marcus Bartusch
Julia Hartl
Andreas Mogwitz
Korvin Lemke

stimmberechtigte Mitglieder - Stadtverwaltung

Stefanie Gilbricht
Claudia Kasimir-Glaeser
Dr. Freya Trautmann

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Dr. Thomas Brockow
Beatrice Hendrich
Bernd Jursch
Stephan Koesling
Prof. Dr. Joachim Kugler (bis 17:35 Uhr)

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Stadtverwaltung

Arne Rehse

Gäste:

Frau Dr. Sawatzki Mitglied des Seniorenbeirates Dresden
Frau Ihle CDU

Schriftführer/-in:

Frau Richter SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- 1 Eröffnung der Sitzung und Abstimmung der Tagesordnung
- 2 Vorstellung der Beiratsmitglieder
- 3 Wahl des Vorsitzenden/der Vorsitzenden und des Stellvertreters/der Stellvertreterin
- 4 Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Landeshauptstadt Dresden **A0022/19
beratend**
- 5 Aufgaben und Handlungsfelder der Dresdner Selbsthilfe
- 6 Bericht aus dem WHO-Projekt "Gesunde Städte"
- 7 Informationen/Sonstiges

nicht öffentlich

- 8 Informationen/Sonstiges

öffentlich

1 Eröffnung der Sitzung und Abstimmung der Tagesordnung

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann eröffnet und leitet die Sitzung. Sie stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgemäße Ladung des Gremiums fest.

Die Tagesordnung wird einvernehmlich bestätigt.

2 Vorstellung der Beiratsmitglieder

Die Beiratsmitglieder stellen sich vor:

- **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** – Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen und bisherige Vorsitzende des Beirates Gesunde Städte
- **Frau Dr. Trautmann** – Sachgebietsleiterin Strategische Gesundheitsplanung im Gesundheitsamt, seit Kurzem zuständig für die Koordination des WHO-Projektes und Nachfolgerin der bisherigen WHO-Beauftragten, Frau Dr. Looks
- **Frau Gilbricht** – Sachgebietsleiterin der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen im Sozialamt
- **Frau Hartl** – für die SPD-Fraktion Mitglied des Beirates
- **Herr Jursch** – seit 2014 Beiratsmitglied, hauptamtlich im Städtischen Klinikum Dresden beschäftigt, derzeit Vorsitzender des Personalrates, ansonsten Beschäftigter der Wirtschaftsabteilung
- **Herr Prof. Dr. Kugler** – seit 22 Jahren Inhaber des Lehrstuhls für Public Health/Gesundheitswissenschaften an der TU Dresden
- **Herr Koesling** – Geschäftsführer der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung, er habe in der Vergangenheit bereits einige Jahre im Beirat Gesunde Städte mitgearbeitet.
- **Herr Mogwitz** – für die FDP-Fraktion Mitglied des Beirates, hauptberuflich medizinischer Geschäftsleiter im Universitätsklinikum Dresden und für die Hochschulmedizin verantwortlich, seit 20 Jahren in der Gesundheitswirtschaft tätig, ausgebildeter Arzt in der Anästhesie
- **Frau Kasimir-Gläser** – im Stadtplanungsamt, Abteilung Stadtentwicklungsplanung für Infrastrukturplanung zuständig, bereits in der letzten Legislatur in diesem Beirat mitgearbeitet und zuvor das WHO-Projekt als Beauftragte betreut
- **Frau Hendrich** – in der Volkshochschule im Bereich Gesundheit und Bewegung tätig, dort Nachfolgerin von Frau Dr. Lehnert, von Beruf Physiotherapeutin und Berufsschullehrerin für Gesundheit, Pflege und Sozialpädagogik
- **Herr Bartusch** – für die Fraktion DIE LINKE. Mitglied des Beirates, Medizinstudent
- **Herr Klaudius** – für die AfD-Fraktion in der zweiten Legislaturperiode Mitglied des Beirates, hauptberuflich niedergelassener Facharzt und ehrenamtlich im Katastrophenschutz tätig
- **Herr Dr. Brockow** – Referatsleiter bei der Sächsischen Landesärztekammer, betreut alle Ausschüsse, die sich mit Gesundheitsförderung und Prävention beschäftigen (u. a. Ausschuss Öffentlicher Gesundheitsdienst und Ausschuss für Prävention und Rehabilitation, Ausschuss Arbeitsmedizin), Landeskoordinierungsstelle Kinderschutz gehöre dem Referat an, bereits in der letzten Legislatur Mitglied gewesen. Gesundheitsförderung, Prävention

- **Frau Stadträtin Bischoffberger** – Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat, in der zweiten Legislatur Beiratsmitglied, des Weiteren Mitglied des Ausschusses für Gesundheit (Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dresden) und in der Fraktion für Bürgerbeteiligung zuständig, von Beruf Malerin und Grafikerin
- **Herr Lemke** – für die Fraktion Freie Wähler Mitglied des Beirates, arbeitet im IT-Bereich und Offiziersanwärter für den dezentralen Sanitätsdienst
- **Frau Malberg** – für die CDU-Fraktion Mitglied des Beirates, habe vor fast 30 Jahren diesen Beirat mitgegründet

3 Wahl des Vorsitzenden/der Vorsitzenden und des Stellvertreters/der Stellvertreterin

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann leitet die Wahl des Vorsitzes des Beirates ein und erläutert die Formalien. Der Vorsitz sowie der stellvertretende Vorsitz seien aus der Mitte des Beirats zu wählen. Die Wahl sei öffentlich möglich, sofern niemand widerspreche bzw. nicht mehrere Wahlvorschläge vorliegen.

Wahl des/der Vorsitzenden

Herr Jursch schlägt Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann als Vorsitzende des Beirates Gesunde Städte vor.

Weitere Vorschläge für den Vorsitz des Beirates werden nicht unterbreitet.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann nimmt den Vorschlag an und stellt keinen Widerspruch gegen eine offene Wahl fest. Sie bringt den Wahlvorschlag zur Abstimmung.

Der Wahlvorschlag, Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann als Vorsitzende zu wählen, wird mit 16 Ja-Stimmen einstimmig bestätigt.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann dankt für die Wiederwahl und führt die Leitung der Beirats-sitzung als wiedergewählte Vorsitzende fort.

Wahl eines/einer stellvertretenden Vorsitzenden

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann bittet nun um Wahlvorschläge für den stellvertretenden Beiratsvorsitz.

Herr Klaudius schlägt Herrn Lemke als stellvertretenden Vorsitzenden vor. Damit würde die Gleichberechtigung der Geschlechter gewahrt. Zum Zweiten würde damit die jüngere Generation in die Leitung rücken. Drittens sei er im Bereich des Sanitätsdienstes tätig, der für den Katastrophenschutz wichtig sei.

Herr Dr. Brockow schlägt Frau Gilbricht als stellvertretende Vorsitzende vor.

Frau Malberg unterbreitet den Vorschlag, Herrn Prof. Kugler zum stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. Er sei langjähriges Mitglied des Beirates und verfüge über viel Hintergrundwissen.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann fragt die vorgeschlagenen Mitglieder, ob sie prinzipiell für die Wahl bereitstehen würden.

Herr Lemke, Frau Gilbricht und **Herr Prof. Kugler** erklären ihre Bereitschaft, für das Amt zur Verfügung zu stehen.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann stellt fest, aufgrund von mehr als einem Wahlvorschlag erfolge die Wahl geheim. Sie unterbricht die Sitzung für die Vorbereitung der Wahlzettel.

Im Anschluss leitet sie das Abstimmungsverfahren. Nach Auszählung der Stimmen ergibt sich folgendes Ergebnis:

Herr Lemke	1 Stimme
Frau Gilbricht	6 Stimmen
Herr Prof. Kugler	9 Stimmen

Damit ist Herr Prof. Kugler als stellvertretender Vorsitzender des Beirates Gesunde Städte gewählt.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann gratuliert Herrn Prof. Kugler zur Wahl als stellvertretender Vorsitzender.

4 Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Landeshauptstadt Dresden

**A0022/19
beratend**

Frau Hartl reicht den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 10. Februar 2020 aus und bringt ihn ein. Inhaltlich habe man nichts verändert. Vielmehr sei der Antrag konkretisiert worden.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann nimmt verwaltungsseitig dazu Stellung. Sie bestätigt die Straffung des Antrages. Des Weiteren sei das überholte Datum in Beschlusspunkt 2 korrigiert worden.

Die Stadtverwaltung Dresden begrüße die praktische Umsetzung und Begleitung der Ziele der Istanbul-Konvention, welche die häusliche Gewalt betreffe. Es bestehe bereits ein breites Netzwerk. Dennoch reichen die Kapazitäten in der Landeshauptstadt Dresden nicht aus, zumal die Zahl der Zufluchtsuchenden wachse, insbesondere Frauen und Kinder. Insofern unterstütze man die Konzeptionserarbeitung. Nach Königsteiner Schlüssel stehen dem Freistaat Sachsen in den nächsten vier Jahren 4,9 Mio. Euro investive Gelder in dem Bereich zur Verfügung.

Frau Malberg fragt, wie hoch die Landesfördermittel in dem Sektor für Dresden derzeit seien, wie hoch der Anteil von den 4,9 Mio. Euro konkret sei und welche Mittel der Haushalt der Lan-

deshauptstadt vorsehe. Grundsätzlich werde der Antrag seitens der CDU-Fraktion unterstützt, jedoch sei der Beschlusspunkt 3 wegen des Haushaltsvorgriffs nicht zustimmungsfähig.

Frau Stadträtin Bischoffberger geht auf den Beschlusspunkt 3 ein. Der Ausschuss für Finanzen habe wegen des Haushaltsvorgriffs folgenden Beschlussvorschlag unterbreitet:

„Dazu ist dem Stadtrat eine Beschlussvorlage einschließlich Kostendeckungsvorschlag zur Entscheidung vorzulegen.“

Dieser Vorschlag sei durch eine breite Stadtratsmehrheit zustimmungsfähig. Sie fragt, warum dies nicht geändert worden sei.

Frau Hartl kann die Fragen von Frau Malberg sowie Frau Stadträtin Bischoffberger nicht beantworten.

Herr Dr. Brockow schlägt vor, eine Gewaltambulanz nach dem Vorbild der Berliner Charité aufzubauen. Ein solches Konzept könnte gegebenenfalls mit der TU Dresden vereinbart werden. Er berichtet, die Landesärztekammer betreue derzeit ein Leipziger Projekt zur medizinischen Soforthilfe bei Vergewaltigung und häuslicher Gewalt.

Auf die Frage von **Frau Kasimir-Glaeser** zu den angedachten Aufgaben der Clearingstelle erläutert **Frau Hartl**, dass man sich am Beispiel Hamburgs orientiere. Dort finden schutzsuchende Frauen und ihre Kinder für einige Tage Zuflucht. Währenddessen werde die Situation geklärt und eine geeignete Unterbringung geprüft.

Frau Kasimir-Gläser merkt an, dass es in Dresden momentan nur einen Verein in dem Bereich gebe, den Frauenschutzverein. Insofern habe man keine Wahlmöglichkeit. Gut findet sie, dass der im Beschlussvorschlag genannte Termin nun langfristig angelegt sei, zumal auch das Land mit der Richtlinie Chancengleichheit in dem Bereich plane.

Frau Hartl erklärt dazu, dass perspektivisch ein Ausbau des Bereichs erfolgen solle.

Herr Klaudius konstatiert, dass der Bereich bisher in den Händen der Kriminalpolizei gelegen habe. Das sei die richtige Stelle, weshalb er nicht nachvollziehen können, warum man es nicht dort belasse. Der Antrag wäre plakativ, um Stellen zu schaffen.

Auch inhaltlich sieht er ein Problem. Durch den Antrag würde kein Missbrauch verhindert. Er sieht darin eine mögliche Umgehungsstrategie, Abschiebungen zu verhindern. Ein Missbrauch müsse definitiv ausgeschlossen werden.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann betont, dass diese Clearingstelle das leisten solle. Menschen, die von häuslicher, innerfamiliärer Gewalt betroffen seien, solle das probate Angebot unterbreitet werden. Menschen haben verschiedene Gewalt erfahren, körperlich und/oder psychisch. Teils haben sie Assistenzbedarfe, für die ein Frauenschutzhaus die nicht geeignete Einrichtung sei. Einige der Schutzsuchenden informieren ihre Partner über ihren Aufenthaltsort. Damit bringen sie andere Schutzsuchende in Gefahr. Das solle die Clearingstelle im Vorfeld prüfen. Insofern würde der von Herrn Klaudius vermutete Missbrauch im Vorfeld abgeklärt werden können.

Herr Bartusch plädiert dafür, den vorliegenden Antrag aus Sicht des Beirates Gesunde Städte zu betrachten, nicht aus Sicht des Finanzausschusses. Das Anliegen unterstützt er, da es Personen helfe, die unter Missbrauch leiden. Das Angebot werde ausgebaut. Empirisch sei nachgewiesen, dass Plätze benötigt werden. Ein präventiver Ansatz werde ebenso erfüllt, da mit der Unterbringung in einer Schutzeinrichtung die Gewalteinwirkung unterbunden werde.

Frau Malberg spricht dafür, den finanziellen Aspekt nicht außer Acht zu lassen. Sicherlich schaue der Beirat in erster Linie aus seiner Perspektive auf den Antrag. Jedoch dürfe man die finanziellen Auswirkungen nicht unberücksichtigt lassen. Man habe die Pflicht zu schauen, wo die Gelder herzunehmen seien, wenn man wolle, dass der Antrag im Stadtrat eine Mehrheit finde. Schließlich sei es ein Vorgriff auf den Haushalt.

Frau Stadträtin Bischoffberger unterstützt den Antrag. Bezüglich des Einwandes, dass Missbrauch ausgeschlossen werden solle, bemerkt sie, dass ein Missbrauch nicht permanent auszuschließen sei.

Sie bezieht sich auf die Beratung im Ausschuss für Finanzen und stellt folgenden Änderungsantrag zum Beschlusspunkt 3 des Ersetzungsantrages:

„Mit Blick auf die Haushaltsaufstellung für 2021/22 wird der Oberbürgermeister beauftragt, zusammen mit dem lokalen Partner-Netzwerk konzeptionelle Grundüberlegungen zu erörtern. und entsprechende Mittel in den Doppelhaushalt 2021/22 einzuplanen u.a. für:

Dazu ist dem Stadtrat eine Beschlussvorlage einschließlich Kostendeckungsvorschlag zur Entscheidung vorzulegen.“

Herr Mockwitz bemerkt, dass der Antrag offen formuliert sei, da zunächst konzeptionelle Überlegungen vorangestellt seien. Eine inhaltliche Befürwortung des Antrages sieht er insofern nicht als problematisch, da die Wichtung im Kontext des Gesamthaushaltes vorgenommen werden müsse. Der Antrag sei primär auf eine Konzeptvorstellung und eine Verhandlungsposition ausgerichtet. Es würde also keine Finanzierungsnotwendigkeit aufgezwungen.

Herr Klaudius schließt sich dem an, zunächst eine Prüfung durchzuführen. Er präferiert eine stufenweise Umsetzung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und verweist auf den umsichtigen Umgang mit Steuergeldern.

Herr Prof. Kugler bezieht sich auf das erwähnte Modellprojekt und fragt, ob es bereits abgeschlossen sei und man auf die Ergebnisse zugreifen könne oder ob zunächst die Bedarfsanalyse erfolgen solle.

Er weiß von dem Projekt auf Bundesebene mit dem Titel „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“. Hier sei eine Kofinanzierung für den barrierefreien Ausbau vorgesehen. Es fragt, ob sich die Stadt daran beteilige, bestehende Einrichtungen auszubauen, oder ob mehr gebraucht werde. Für diese Einschätzung fehlen ihm Informationen über das Modellprojekt sowie konkrete Zahlen des Bedarfs.

Frau Hartl teilt mit, dass ein Ausbau des Angebotes notwendig sei. Momentan gebe es Wartezeiten auf eine Unterbringung in einer Schutz Einrichtung.

Zur Diskussion um die finanzielle Seite des Antrages erklärt **Frau Stadträtin Bischoffberger**, dass sie dem Antrag eine Mehrheit verschaffen wolle, da ansonsten die Gefahr bestehe, dass einige Mitglieder nicht zustimmen werden.

Weiter berichtet sie aus dem Ausschuss für Finanzen zur Frage des Bedarfs, dass der Beschlusspunkt 2 ergänzt worden sei: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Lage der Schutzbedürftigen im Sinne der Istanbul-Konvention Stellung zu nehmen,...“

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann erläutert die aktuelle Situation. Dresden habe ein Frauenschutzhaus sowie jeweils eine Schutzwohnung für Frauen und Männer. Die Frauenschutzwohnung sei barrierefrei, weil Rollstuhlfahrer im Bestandsobjekt des Frauenschutzhauses nicht aufgenommen werden können. Hier erfolge eine Kofinanzierung durch den Freistaat und der Stadt Dresden. In der Doppelhaushaltsplanung seien in 2019 141.000 Euro für die 36 Frauenschutzplätze vorgesehen, in 2020 150.000 Euro. Das seien ausschließlich die Unterhaltskosten für die Bewirtschaftung der Immobilie. Der Freistaat finanziere zum größten Teil die Personalkosten über die Fachförderrichtlinie des Landes.

Das Modellprojekt sei ein Modellvorhaben, welches derzeit auf Ebene des Freistaates laufe. Besonders in kleineren Gemeinden bestehe ein großes Defizit an Schutzwohnungen für von Gewalt bedrohte Menschen. Dies sei statistisch nachweisbar. Innerhalb der Großstädte suchen insbesondere Frauen aus ländlichen Regionen Schutz. Innerhalb des letzten Jahres haben jedoch wegen fehlender Kapazität Personen abgewiesen werden müssen.

Da als überörtliche Großstadt und damit mit oberzentraler Funktion bereits heute die Kapazitäten nicht ausreichen, habe man Interesse daran, maßvoll und bedarfsgerecht das Angebot zu weiten und in das Netzwerk mit dem Umland zu gehen, um passgenau Unterstützungsangebote zu ermöglichen.

Diese 4,9 Mio. Euro, die nach Königsteiner Schlüssel für die nächsten vier Jahre seitens des Bundes in Aussicht stehen, seien im letzten Monat durch eine Richtlinie des Bundes untersetzt worden. Seitens des Freistaates werde an der Untersetzung für Sachsen gearbeitet. Die Landeshauptstadt Dresden gehe davon aus, dass es eine intensive Kofinanzierung der investiven Maßnahmen geben werde (ausschließlich diese Maßnahmen werden über die Bundesförderrichtlinie mit Hilfe von Landesfördergeldern finanziert).

- ~~a)~~ 3. ~~Oberbürgermeister wird beauftragt, Opfer von Gewalt im Sinne der Istanbul-Konvention, insbesondere Frauen und Kinder, angemessen zu schützen und dafür die vorhandenen Kapazitäten in den Schutzeinrichtungen sowie den Beratungsstellen den Ausbau der Kapazitäten in den Schutzeinrichtungen sowie den Beratungsstellen für Opfer von Gewalt entsprechend der Empfehlungen der Istanbul-Konvention auszubauen.~~

Abstimmung: 15/0/1 Zustimmung

- ~~b)~~ 4. ~~Um Menschen mit Behinderungen den Zugang zu den Schutzstrukturen zu ermöglichen, ist der den barrierefreien Um- und ggf. Neubau der Frauen- und Kinderschutzeinrichtung, um Menschen mit Behinderungen den Zugang zu den Schutzstrukturen zu ermöglichen anzustreben.~~ Die für diesen Zweck durch das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFJ) aufgesetzte Invest-Förderrichtlinie „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ wird durch die Bereitstellung kommunaler Kofinanzierung aktiviert.

Abstimmung: 15/0/1 Zustimmung

- ~~c)~~ 5. ~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Landeshauptstadt Dresden eine die kommunale Kofinanzierung einer „Clearingstelle“ für Opfer häuslicher Gewalt als Ergebnis des Modellprojektes „Bedarfsanalyse und -planung zur Weiterentwicklung des Hilfesystems zur Bekämpfung häuslicher Gewalt in Sachsen“ einzurichten und hierfür mit dem Freistaat Sachsen in Verhandlungen zu treten, um die Möglichkeiten einer Landesförderung zu eruieren.~~

Abstimmung: 14/0/2 Zustimmung

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, hierfür mit dem Freistaat in Verhandlungen zu treten, um die Möglichkeiten einer Verbesserung der Landesförderung und der bedarfsge-rechten Weiterentwicklung dieses Schutz- und Hilfesystems zu eruieren.

Abstimmung: 15/0/1 Zustimmung

5 Aufgaben und Handlungsfelder der Dresdner Selbsthilfe

Frau Gilbricht gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über das Tätigkeitsfeld der Selbsthilfe. (Präsentation – Anlage zur Niederschrift)

Herr Koesling fragt, inwieweit die Förderung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch die Selbsthilfegruppen genutzt werde.

Frau Gilbricht berichtet, dass alle Selbsthilfegruppen über die Fördermöglichkeiten und Änderungen bezüglich der Förderungen informiert würden. Die Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS) gebe auch Hilfestellung für die Antragstellung. Nach ihrer Kenntnis haben Dresden und Leipzig die höchsten Antragssummen auf die Förderung der GKV. Zwischenzeitlich seien auch die Förderregularien modifiziert worden, sodass mehr Pauschalfördermittel beantragt werden könnten. In der Vergangenheit seien mehr Projekte gefördert worden.

Herr Koesling bittet darum, eine Übersicht der Förderung durch die GKV für Dresdner Selbsthilfegruppen nachzureichen.

Des Weiteren verweist er auf den Sächsischen Selbsthilfefpreis.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann sagt das zu.

Herr Bartusch nimmt Bezug auf die SHILD-Studie, wonach in der Selbsthilfe mehr hoch gebildete Personen vertreten seien und $\frac{3}{4}$ nicht mehr berufstätig. Er fragt nach einer Erklärung dafür.

Frau Gilbricht erklärt, dass das vermutlich an der Selbsthilfe an sich liege. Es handele sich um Menschen, die ihre Situation verändern wollen. Sie nehme wahr, dass sich niedrig gebildete Personen nicht in der Lage fühlen, sich einerseits zu überwinden und andererseits in der Selbsthilfe eine Aufgabe zu übernehmen. Oder es fehle an der Information, dass es Selbsthilfe gebe oder werde als ein Zeichen von Schwäche angesehen, sich Hilfe zu suchen.

In letzter Zeit sei ein Anstieg an jüngeren Hilfesuchenden im Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen festzustellen, wie Depression, Borderline, Persönlichkeitsstörungen, Gewalt in der Kindheit, posttraumatische Belastungsstörung.

Auf die Frage von **Herrn Klaudius** informiert **Frau Gilbricht**, dass sich jedermann, der Fragen zur Selbsthilfe habe, an die KISS wenden könne. Diese vermittele gegebenenfalls auch an die betreffende Selbsthilfegruppe.

Herr Jursch fragt nach dem Stand der Zusammenarbeit mit dem Städtischen Klinikum Dresden.

Im letzten Jahr habe man mit der Zusammenarbeit begonnen, so **Frau Gilbricht**. In allen Stationen des Städtischen Klinikums liege Infomaterial zur Selbsthilfe aus. Außerdem haben die KISS und verschiedene Selbsthilfegruppen beim Tag der offenen Tür des Klinikums mitgewirkt. Es gebe inzwischen Kooperationen zwischen Selbsthilfegruppen und Ärzten. Auch sei zur Selbsthilfe in der Mitarbeiter- als auch in der Patientenzeitschrift des Klinikums ein Artikel erschienen. Des Weiteren habe im Dezember 2019 eine Schulung für die Ärzte des Klinikums stattgefunden, und in Patienteninformationen des Klinikums sei der Hinweis auf die KISS aufgenommen worden.

Herr Jursch erklärt, dass auch die Mitarbeiter des Klinikums gesundheitliche Probleme haben. Es solle also nicht nur an die Patienten gedacht werden. Auch die Mitarbeiter sollten informiert werden, wo sie Unterstützung finden.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann nimmt den Hinweis mit.

6 Bericht aus dem WHO-Projekt "Gesunde Städte"

Frau Dr. Trautmann gibt folgende Informationen zu aktuellen Maßnahmen im WHO-Projekt „Gesunde Städte“:

1. Fortführung des Angebotes „Fit im Park“

Das erfolgreiche, kostenlose Bewegungsangebot auf öffentlichen Grünflächen und in Parks finde in diesem Jahr zum vierten Mal vom 3. Juni bis 31. Juli 2020 statt. Wöchentlich von Montag bis Freitag gebe es 16 Angebote für jede Altersgruppe und alle Personengruppen – von der Schwangeren bis zu den Senioren. Die Bandbreite des Kursplans reiche von Entspannungs- und Fitnesskursen bis hin zu Gruppensportarten. Auch werde der Kurs Bogenschießen für körperbehinderte Menschen und Rollstuhlfahrer angeboten, der bereits im vorletzten Jahr sehr gut angenommen worden sei.

Derzeit erfolge die Vertragsbindung der Akteure sowie die Planung der Öffentlichkeitsarbeit.

Aufgrund der guten Erfahrungen und Resonanz auf das Projekt solle es langfristig verstetigt werden. Perspektivisch solle es an einen externen Partner abgegeben werden, der es dann im Auftrag der Landeshauptstadt Dresden plane und durchführe. Damit sollen Kapazitäten des Gesundheitsamtes für neue Planungen freigesetzt werden. Das Interessenbekundungsverfahren werde aktuell geplant und solle noch in diesem Jahr veröffentlicht werden.

2. Multiplikatoren-Schulung zur Bewegung im Stadtteil

Hier gehe es um die Entwicklung eines Schulungskonzeptes für Multiplikatoren. Dabei sollen Rundgänge durch die Stadtteile gemeinsam mit Senioren entwickelt werden. Das Schulungskonzept befinde sich aktuell in der Pilotphase. Es solle zur Jahresmitte abgeschlossen und finalisiert sein. Der nächste Meilenstein des Projektes sei ein Kompetenzforum, welches für den 7. September 2020 im Stadtmuseum anberaumt sei. Sie lädt die Mitglieder dazu recht herzlich ein. Inhalt des Forums sei die Vorstellung des Projektes. Weiter solle gemeinsam mit den Teilnehmern überlegt werden, wie eine Verstetigung in Dresden, anderen Kommunen sowie bundesweit erreicht werden könne. Zu der Fachveranstaltung würden Akteure über Dresdens Grenzen hinaus erwartet.

Sobald das genaue Programm feststehe, werde sie die Mitglieder darüber informieren.

3. Projekt „Gesund aktiv und sturzfrei in Dresden“

Ende November 2019 habe der o. g. Aktions- und Informationstag des Projektes stattgefunden, der unter dem Fokus der Sturzprävention gestanden habe.

Das vielfältige Angebot sei zahlreich genutzt worden. Dazu haben Schnupperkurse, Informationsstände sowie ein Fachvortrag zur Sturzprävention im Alltag gehört. Weiter seien Seh-, Hör- und Balancetests angeboten worden, die gut angenommen worden seien. Die Teilnehmerzahl sei auf 75 bis 100 Teilnehmer geschätzt worden.

Positiv seien die verschiedenen Kooperationen zu nennen, die inzwischen entstanden seien, wie mit dem Städtischen Klinikum, anderen Ämtern der Stadtverwaltung und verschiedenen Sportvereinen.

4. Ämterübergreifende Schulung

Für Juni 2020 sei eine geschäftsbereichsübergreifende Schulung zum Thema Sozialraum und Gesundheit und gesunde Stadtplanung vorgesehen. Ziel sei es, ein ämterübergreifendes Verständnis für den Begriff „Gesundheit“ im Kontext von Stadtplanung und Strategieentwicklung zu schaffen und sich auszutauschen, da man unterschiedliche Hintergründe habe und nicht immer die gleiche Sprache spreche. Es sei gelungen, Frau Prof. Köckler von der Hochschule für Gesundheit in Bochum zu gewinnen. Die Schulung sei jeweils halbtätig für den 15. und 16. Juni 2020 vorgesehen. Bisher seien 20 Anmeldungen eingegangen, u. a. aus dem Stadtplanungsamt, dem Umweltamt sowie dem Gesundheitsamt.

Frau Kasimir-Gläser spricht im Namen der Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes ihren Dank für die Organisation dieser Veranstaltung aus.

5. Abstimmungen mit der Gesetzlichen Krankenversicherung für künftige Maßnahmen

Mit der Gesetzlichen Krankenversicherung stehe man in regelmäßigen Abständen in Kontakt, um im Rahmen des Präventionsgesetzes Fördermöglichkeiten für zukünftige Maßnahmen zu eruieren:

- Die Barmer Ersatzkasse habe Interesse an der Unterstützung des laufenden Projektes „Gesundheitspfad“ bekundet. Einzelheiten seien noch zu klären.
- Weitere Gespräche führe man mit der IKK classic, die bereits im vierten Jahr das Projekt „Fit im Park“ finanziere. Sie möchte ferner im Bereich „Prävention in der Pflege“ stärker mitwirken. Ein erstes Gespräch habe mit der IKK classic und der Cultus gGmbH stattgefunden. Aktuell sei die Cultus gGmbH dabei, den Bedarf zu ermitteln und geeignete Maßnahmen zu prüfen. Im Anschluss würden die Gespräche mit der IKK classic fortgesetzt.
- Des Weiteren habe die Kooperationsvereinbarung mit der AOK plus erweitert werden können. Im Rahmen des Projektes „Gemeinsam wachsen“ finanziere die AOK Informationsveranstaltungen zum Thema „Gesunde Ernährung in Schwangerschaft und Stillzeit“. U. a. könnten mit den Mitteln die Lehrküchen in der Volkshochschule für die Veranstaltungen angemietet werden. Für dieses Jahr seien vier Veranstaltungen vorgesehen, wovon drei über die Förderung der AOK laufen.

7 Informationen/Sonstiges

1. Entsendung von Frau Dr. Sawatzki in den Beirat Gesunde Städte

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann nimmt auf die Anwesenheit von Frau Dr. Sawatzki Bezug. Sie sei Gründungsmitglied des WHO-Projektes Gesunde Städte in Dresden und auch des Beirates Gesunde Städte. Leider sei sie nicht mehr Mitglied dieses Beirates, aber weiterhin im Seniorenbeirat als aktive Seniorin Mitglied.

Innerhalb des Seniorenbeirates wünsche man sich die Vernetzung bezüglich des Querschnittsthemas Gesundheit mit dem Beirat Gesunde Städte. Gesundheit betreffe alle Menschen und sei mit zunehmenden Lebensalter von größerer Bedeutung. Daher habe der Seniorenbeirat die Bitte geäußert, Frau Dr. Sawatzki als sachkundige Einwohnerin in den Beirat Gesunde Städte mit beratender Stimme zu entsenden.

Diesen Vorschlag greift Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann auf. Sie schätzt Frau Dr. Sawatzki, die dem Projekt sowie dem Beirat in ihrer langjährigen Mitarbeit viele Impulse gegeben habe. Damit seien die Themen Senioren und Gesundheit wichtige Eckpunkte der Beiratsarbeit geworden.

Zudem laufe noch immer die Bewerbung des Dresdner WHO-Projektes für die Mitarbeit an der siebenten Phase im globalen WHO-Gesunde-Städte-Netzwerk. Sie geht davon aus, dass Dresden aufgrund seiner guten Arbeit im nationalen und internationalen Netzwerk auch künftig Mitglied sein werde. Dabei sei das „gesunde und aktive Altern“ zu einem Schwerpunktthema gemacht worden.

Sie bittet um die Zustimmung der Beiratsmitglieder, Frau Dr. Sawatzki auch künftig als sachkundige Einwohnerin in den Kreis des Beirates Gesunde Städte aufzunehmen, zumal der Beirat grundsätzlich öffentlich tagt. Damit könne ihr Sachverstand und ihre Netzwerkarbeit zu den Querschnittsthemen Senioren, Gesundes Altern und WHO-Gesunde-Städte-Beirat genutzt werden.

Der Beirat stimmt einvernehmlich zu, dass Frau Dr. Sawatzki auch künftig an den Sitzungen des Beirates Gesunde Städte teilnimmt.

Frau Dr. Sawatzki dankt für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und sagt zu, sich weiterhin aktiv in den Beirat Gesunde Städte einzubringen.

2. Aktuelle Situation aufgrund des Corona-Virus SARS-CoV-2

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann berichtet, dass die Lageeinschätzung seitens der WHO und des Bundesministeriums für Gesundheit täglich aktualisiert werde. Mit Hilfe des Robert-Koch-Institutes werden von der Bundes- auf die Länderebene, in Sachsen das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS) mit der Landesuntersuchungsanstalt LUA, die Gesundheitsämter informiert.

Im Freistaat Sachsen habe es zwar bereits Verdachtsfälle gegeben, aber bisher sei noch keine Bestätigung des Covid-19-Erkrankungsbildes nachgewiesen worden. Nichts desto trotz sei bei 150 Personen bundesweit die Erkrankung bestätigt worden. Man gehe davon aus, dass sich die Entwicklung dynamisch fortsetzen und auch Sachsen und Dresden erreichen werde. Heute sei in Dresden der erste Fall bekannt geworden.

Auf www.dresden.de/gesundheit [redaktionell überarbeitet - aktuell www.dresden.de/corona] habe die Verwaltung Informationen zusammengestellt und mit Verweis auf das Robert-Koch-Institut sehr bewusst informiert, sodass den Bürger/-innen umfangreiche Informationen zur Verfügung stehen.

Im Hintergrund arbeite das Gesundheitsamt als öffentlicher Gesundheitsdienst sehr eng mit allen Kliniken der Stadt zusammen. In der letzten Woche sei eine Task Force innerhalb des Städtischen Klinikums gebildet worden, um im Vorfeld Prozesse für mögliche Fallszenarien zu klären.

In der Vergangenheit habe es zwei kreuzfahrende Dresdner gegeben, die die letzten zwei Wochen in Isolation verbracht haben. Diese seien nicht erkrankt gewesen. Das Gesundheitsamt habe mit den Betroffenen in Kontakt gestanden.

Weiter sei ein Kontakttelefon des Gesundheitsamtes geschaltet, was für jedermann tagsüber erreichbar sei.

Nach wie vor gelten die allgemein bekannten Hygieneregeln, um eine Verbreitung möglichst zu verhindern.

Sie geht auf die Vorkehrungen zum Schutz vor Ansteckung ein. Innerhalb der medizinischen Versorgungssysteme würden die Hilfsmittel knapper. Weiter bittet sie, mit Augenmaß einzukaufen. Sie betont, dass die Stadtverwaltung mit ihren Partnern wisse, was sie tue und mit Weitsicht sowie mit Augenmaß agieren werde.

Frau Malberg stellt fest, dass im Klinikum Neustadt eine gut aufgestellte Infektologie bestehe. Sie fragt, wie das Städtische Klinikum insgesamt für den Ernstfall aufgestellt sei.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann bestätigt, dass auch in den städtischen Häusern Erkrankte stationär aufgenommen werden könnten. Momentan würden noch viele Influenzafälle behandelt, weshalb man auf eine verzögerte Ankunft des Virus in Dresden hoffe. Im Klinikum Friedrichstadt sei die Schaffung zusätzlicher Isolationskapazitäten und Beatmungstechnik geprüft worden, um bei Bedarf handlungsfähig zu sein. Insofern sei man vorbereitet.

Herr Mockwitz bestätigt die gute Zusammenarbeit und Vorbereitung der Dresdner Kliniken.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann schließt die Beiratssitzung.

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann
Vorsitzende

Manuela Richter
Schriftführerin

Dr. Freya Trautmann
Mitglied

Kati Bischoffberger
Stadträtin

Anlage:
Präsentation zu TOP 5